

Danziger Volksstimme

Stempelnummer 20 94

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung in Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., Reklamation: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Angelagerungspreis: Die 3-spaltige Zeile 1,50 Mk., von auswärts 2.— Mk. (Kontostattzahl 2. Wohnungsangelegenheiten nach 24. Text, die 3-spaltige Reklamation 1.— Mk., von auswärts 1.— Mk. Bei Abbruch des Monats Annullation bis früh 9 Uhr. — Postfachnummer Danzig 1922, Druckstellen: Am Spandhaus 6. — Telefon 2200.

Nr. 161

Mittwoch, den 13. Juli 1921

12. Jahrgang

Uneinigkeit der Alliierten in der oberschlesischen Frage.

Energisches Vorgehen der Engländer gegen die polnischen Banden.

Berlin, 13. Juli. In einer Unterredung mit dem oberschlesischen Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ erklärte der englische General Henmiker, daß ein neuer polnischer Aufstand gewaltsam unterdrückt werden würde. Die polnische Grenze würde jetzt gesperrt werden, und zwar durch Truppen aller drei in Oberschlesien vertretenen Mächte. Henmiker hat darum, daß die deutsche Presse die deutschen Oberschlesier zur Geduld mahnen möge, da irgendwelche Gewalttätigkeiten von ihrer Seite für die Sache der Deutschen von allergrößtem Nachteil sein würden. Er hoffe, daß die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien bald falle, und könne versichern, daß die interalliierte Kommission schließlich auf Beschleunigung dränge.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ sind in Oberschlesien die englischen Truppen in den letzten Tagen an verschiedenen Orten energisch gegen die noch im Besitz von Waffen befindlichen polnischen Banden vorgegangen. In Grob-Dombrowka wurden gegen 200 bewaffnete Polen, die die deutsche Bevölkerung in der dortigen Gegend auf das schwerste belästigt und mißhandelt hatten, von englischen Soldaten entwaffnet.

Breslau, 12. Juli. Die Oberschiffahrt von und nach Oberschlesien ist wieder aufgenommen worden.

Gleitwitz, 12. Juli. Auf Anordnung der französischen Behörden müssen die Flüchtlingslager bis Ende dieses Monats aufgelöst werden.

Oppers, 12. Juli. Der unter dem Schutze des internationalen Roten Kreuzes in Oberschlesien ins Werk gesetzte Austausch von Internierten und Gefangenen wird mit dem 15. d. Mts. einstweilen beendet sein.

Berlin, 12. Juli. Die Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier haben zu Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr eine große Protestversammlung einberufen, um zum letzten Male für ein ungekettetes deutsches Oberschlesien einzutreten. Den Vorsitz in der Versammlung wird Erzengel v. Harnack führen. Es werden eminente Vertreter aller Parteien sowie die Führer von Handel und Industrie an dem Abend das Wort ergreifen. Die Versammlung wird eingeleitet werden durch eine Ansprache von Gerhart Hauptmann, der eigens aus Schlesien herüberkommen wird.

Die verzögerte Lösung der oberschlesischen Frage.

Paris, 12. Juli. Wie „Echo de Paris“ mitteilt, wird die französische Regierung in wenigen Tagen der englischen Regierung vorschlagen, den Obersten Rat entweder nach Boulogne oder nach Paris gegen den 25. Juli zusammenzuberaufen. Aus Oberschlesien erhaltene Nachrichten hätten die Hoffnung zerstreut, daß die Alliierten sich über einen gemeinsamen Grenzvorstoß einigen könnten. Man glaubt deshalb in Paris, es sei das Beste, mit den alliierten Regierungen das Problem sobald wie möglich zu behandeln und nicht mehr den Versuch zu machen, es durch eine Sachverständigenkonferenz zu lösen, wie Curzon und Briand während ihrer Pariser Beratung geglaubt hätten.

London, 12. Juli. Auf eine Anfrage sagte Lloyd George im Unterhause, man hoffe, daß betreffs der Zukunft Oberschlesiens auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates eine Lösung gefunden werde. Das Datum der Konferenz ist noch nicht festgelegt.

Die Probleme des Stillen Ozeans und die internationale Abrüstung.

London, 11. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses gab Lloyd George eine längere Erklärung über den englisch-japanischen Vertrag und die Politik Englands im fernen Osten und dem Stillen Ozean ab. Zwischen der britischen Regierung und Amerika, Japan und China habe ein eingehender Meinungsustausch stattgefunden. Die Vereinigten Staaten und China hätten eine Stellung eingenommen, die den Wünschen Englands entspreche. Von Japan liege noch keine endgültige Äußerung vor, doch dürfe man hoffen, daß auch diese in günstigem Sinne ergehen werde. Mit den Vereinigten Staaten seien Verhandlungen eingeleitet, die auf eine Verringerung der Rüstungen im Stillen Ozean abzielen. Die Zweifel, ob der englisch-japanische Vertrag als gekündigt zu betrachten sei, seien durch den Lordkanzler in Verbindung mit den Kronjuristen in dem

Sinne behoben worden, daß eine Kündigung nicht vorliege. Der Vertrag bleibe sonach noch 12 Monate, nachdem eine Kündigung ausgesprochen werden würde, in Kraft. Was die Politik im fernen Osten und im Stillen Ozean anlangt, so behält die britische Reichsleitung den Grundgedanke im Auge, in freundschaftlicher Fühlung mit den Vereinigten Staaten vorzugehen. Mit Japan wünsche die Reichsregierung ebenfalls enge Freundschaft zu erhalten, da hiervon das Gedeihen des britischen Reiches ebenso wie des fernen Ostens abhängt. Nach wie vor hält die britische Regierung an der Politik der offenen Tür in China fest. Die Herbeiführung einer Konferenz zur Erörterung der Fragen des fernen Ostens und des Stillen Ozeans sei auf bestem Wege. Die Konferenz über die Verminderung der Rüstungen könne demnächst in Washington stattfinden. Diese Anregung, ebenso wie die weitere Einregung, in einer Vorkonferenz die Fragen des Stillen Ozeans und des fernen Ostens zu erörtern, würden im ganzen britischen Reich mit größter Genugtuung aufgenommen.

Paris, 12. Juli. Briand teilte in der Kammer mit, daß der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten der französischen Regierung einen Vorschlag von Harding übermittelt habe, der die Einberufung einer Konferenz der alliierten und assoziierten Mächte in Washington bezwecke. Die französische Regierung nehme die Einladung besonders gern an. Sie sehe darin die Möglichkeit, an den Vereinbarungen über den Stillen Ozean teilzunehmen, die Frankreich nicht gleichgültig lassen können in Anbetracht der großen Interessen, die es dort habe. Die französische Regierung sehe weiter darin die Möglichkeit, noch einmal zu beweisen, daß Frankreich aus tiefstem Herzen der Sache des Friedens ergeben ist, der es schon soviel geopfert hat. Die Regierung werde alle Mittel versuchen, die dazu angetan sind, die Rüstungen zu beschränken, wohlverstanden jedoch unter Wahrung aller Vorbedingungen für die nationale Sicherheit. Vielleicht werden wir, sagte Briand, sogar eine neue Gelegenheit finden, Verkündigungen zu machen, die uns erlauben könnten, das von allen Völkern gewünschte Ziel zu erreichen. Briand erklärte, er sei unter diesen Umständen überzeugt, die Kammer werde der Regierung darin beistimmen, den edlen Ruf der amerikanischen Regierung unverzüglich beantwortet zu haben. Die Regierung hoffe mit der Kammer, daß die Konferenz der Welt den endgültigen Frieden verleihen und dabei Frankreich Sicherheit geben werde, auf die es ein Recht habe.

London, 12. Juli. Die diplomatischen Mitarbeiter verschiedener Blätter melden, daß Lloyd George persönlich an der in Washington gekanteten Konferenz teilnehmen werde. Die Konferenz werde vermutlich im Herbst abgehalten werden.

Der „Matin“ weiß zu melden, daß auch Briand persönlich nach Washington reisen werde.

Sanktionsfragen und Reparationsverhandlungen.

Brüssel, 12. Juli. In Beantwortung der Anfrage des sozialistischen Deputierten Pierard, der die Aufgabe der Zolllinie am Rhein und der Befestigung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg gefordert hat, erklärte der Minister des Auswärtigen in der Kammer, er habe über diesen Gegenstand nichts mitzuteilen. Die Sanktionen seien kraft internationaler Entscheidung getroffen worden. Die Alliierten würden sich demnächst zusammensetzen, um bestimmte Fragen zu erörtern. Die Frage der Rheinsanktionen werde dabei ihre ganz besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Das „Berl. Tagebl.“ hört, daß in Anbetracht der Wichtigkeit der Pariser Beratungen über die Sachleistungen die Reichsregierung den Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium (einen der zuverlässigsten Mitarbeiter ihres Genossen Robert Schmidt, D. Reb.) als deutschen Delegierten nach Paris senden wolle.

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren...“

Blättermeldungen aus Halle zufolge versuchten dort Kommunisten eine Versammlung zu sprengen, in der u. a. auch der Reichstagspräsident Loebe sprach. Während der Diskussion kam es zu Tumulten und Prügeln. Loebe und die mehrheitssozialistischen Führer mußten aus dem Saale flüchten. Die Versammlung wurde aufgelöst.

Deutsche Heimkehrer aus Südrussland.

Berlin, 12. Juli. Der Dampfer „Wigbert“ lief auf seiner zweiten Rückfahrt aus Noworossisk am 12. Juni in Triest ein und hat in Noworossisk 1259 Heimkehrer, darunter 158 Reichsdeutsche, an Bord genommen. Die reichsdeutschen Heimkehrer werden dem Lager Seefeld zwecks Entlastung in die Heimat zugeführt.

Die freigewerkschaftliche Angestelltenorganisation.

Heftige Parteikämpfe durchtoben von jeder Deutschen Seite. Die Kämpfe der politischen Parteien haben in der Nachkriegszeit einen Grad von Gefährlichkeit erreicht, den jeder wahrhafte Volksfreund nur lebhaft bedauern kann. Die ehrliche Alltagsarbeit ziehen sich aus der Arena des politischen Lagerkampfes angewidert zurück. Um so erfreulicher ist es, daß die große Front der freien Gewerkschaften nicht nur nach wie vor unerschütterlich dasteht, sondern auch eine wesentliche Verstärkung erfahren hat. Weitere Millionen von Arbeitern haben sich den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (AGD) vereinigten freien Gewerkschaften angeschlossen, und außerdem ist die bei weitem größte Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Angestellten, der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund), mit dem AGD in ein festes Parteiverhältnis getreten. Auch in der deutschen Beamenschaft gewinnt der Gedanke gemeinsamer Arbeit mit den freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten dauernd an Boden. Für den gewerkschaftlichen Kampf ist hier eine gewaltige Einheitsfront aller Arbeitnehmer, der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Aufbau. Im Interesse unseres Volkes, besonders aber im Interesse der arbeitnehmenden Schichten dürfen wir hoffen, daß sich über die freien Gewerkschaften auch wieder der Weg zu einer Entgiftung der politischen Auseinandersetzungen wenigstens innerhalb der Arbeitnehmerenschaft finden wird.

Unsere Volksgenossen von links und rechts wissen, daß ihre Parteigruppe nur an dem Feuer der innerparteilichen Arbeitnehmerschaft selbst tobenden Kämpfe gar wird und so setzen sie alles daran, jede Aussicht auf eine bessere Verständigung zu hintertreiben. Die Bolschewisten von links, die Kommunisten Moskau, suchen durch die Bildung besonderer kommunistischer Zellen innerhalb der Gewerkschaften die Gewerkschaftsarbeit lahmzulegen und zu führen. Die von ihnen irregulierten Arbeitslosen von Berlin waren sogar drauf und dran, gewaltsam die Maschinen des AGD zu zerstören. Schon aber erkennen Arbeiter und Angestellte, daß dieser Unterwühlung ihrer in jahrzehntelanger Arbeit mit großen Opfern aufgebauten Gewerkschaften mit aller Energie Einhalt zu gebieten ist.

Während die Linksbolschewisten hauptsächlich die Arbeitergewerkschaften bereinigen, versuchen die Rechtsbolschewisten durch ihre Wahl- und Herpflegungsarbeit besonders in die freien Angestelltengewerkschaften Verwirrung zu tragen. Die Bolschewisten von rechts verfolgen bei ihrer Wahlarbeit mit größter Beharrlichkeit und Einmütigkeit die von den Kommunisten aufgestellten Richtlinien für die Zerstückelung der Gewerkschaften. Winkelsüge, listige Methoden, Verschweigen, Verbergen der Wahrheit und andere unehrliche Mittel kennzeichnen ihre Bekämpfung der freien Angestelltenverbände. Die Geschäfte der Rechtsbolschewisten besorgen insbesondere die Führer des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag), einer Gründung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV), der um aus seiner Isolierung herauszukommen — obgleich bisher größter Gegner der Frauenarbeit im Handelsgewerbe — mit dem Verbande der weiblichen Angestellten (WBA), eine Vereinigung einging, und der ferner den Neuen Deutschen Techniker-Verband (NDTB) und den Deutschen Wertmeister-Bund gründete und seit der Gründung ausbildet, wobei er allmählich infolge seiner dauernden Unterbilanz eine finanzielle Katastrophe entgegenreißt. Herr Koslowsky vom Gedag hat die traurige Aufgabe, allwöchentlich ein Respektgeld aufzuwärmen, das er mühselig zusammenkratzt, teils aus verlogenem und verdrehten, schon hundertmal verlässlichen Behauptungen, teils aus unverständlichen Verurteilungen gegen den Vergangenen angehöriger Rätestellungen, oder aus entstellten und aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen einiger Versammlungsredner. Es liegt aber System darin. Bei den Angestellten soll durch diese immer wieder der Dessenlichkeit aufgetischten Gloriate der falsche Glaube erweckt werden, daß vom Afa-Bund und den einzelnen dem Afa-Bund angehörenden Angestellten-Gewerkschaften die parteipolitische und religiöse Neutralität verstoßen wird. Diese Kampfesweise ist für den Kenner der Verhältnisse deshalb besonders widerwärtig, weil gerade der DHV, seine Ortsverwaltungen rücksichtslos für die ihm nahestehenden Parteien, Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei, von denen keine beiden Vertreter Lombach und Thiel in den Reichstag entsandt wurden, in den Wahlkampf eingesperrt hat, so daß selbst aus den eigenen Reihen hergegen energischer Protest erhoben wurde. In Wort und Schrift ist er stets für die rechtsstehenden Parteien eingetreten und hat die Parteien der Linken rücksichtslos bekämpft. Nach am 21. April 1920 schreibt der Führer des DHV, Becht, in der „Deutschen Handelswoche“:

„Überall, wo sozialdemokratische Wahrederer erscheinen und um die Stimmen der Angestellten werben,

... man ihnen die Maske vom Gesicht und berichte den Angefallenen, daß diese schönen Reden nichts weiter sind, wie alle Heuchelei, mit denen man die Köpfe auf die Tische der Angefallenen werfen will."

Der Jahresabschluss des D.A.R. für 1920 weist in Ausgabe für Nationalpolitik den Betrag von 353 189 Mark aus!

Die Hauptursache, weshalb die Herren vom Sedag mit solcher Energie gegen die freien Gewerkschaften Sturm laufen, ist aber der Kampf um die Sozialisierung unserer Wirtschaft (siehe Seite 10). Während die christlichen Arbeiter, insbesondere Ambulso und Waltrusch vom christlichen Bergarbeiterverband, sich wenigstens früher ebenfalls für die Sozialisierung ausgesprochen haben, während selbst Großindustrielle aus der Sozialisationskommission, wie Dr. Walter Rathenau, die Sozialisierung fordern, hat der Sedag als getreuer Schildhalter des Großkapitals sich den Gedanken des Truismagnaten Stinnes zu eigen gemacht, der durch die Schaffung von Kleinaktien und Gewinnbeteiligung die Sozialisierung nicht nur taufstellen möchte, sondern darüber hinaus die Angestellten und Arbeiter als Kleinaktionäre vor den Profitwagen des Kapitals spannen will, um so für die Schwer- und Großindustrie mit Hilfe der Kleinaktionäre aus der Hand der Arbeiterschaft Kleinen zu schneiden. Dr. Bernhard, Vizepräsident der "Völkischen Zeitung", sagt mit Recht: Die Kleinaktien schaffen nur Arbeiterkapitalisten, ohne dem gemeinwirtschaftlichen Gedanken zu nützen. Die Beteiligungen der Arbeitnehmer werden von den Arbeitgebern dazu benutzt, um mit Hilfe der Arbeitnehmer neue höhere Gewinnquoten aus der Allgemeinheit herauszuschlagen. Diesen Zustand zu vermeiden, zum Schonen des ganzen Volkes, ist das Ziel des Großkapitals, der Stinnes und Genossen und die Herren vom Sedag leisten ihren positiven Vorkriegsbeitrag hierbei durch die Forderung, indem sie den Stinnesplan den Angestellten schmökern zu machen suchen und die von den freien Gewerkschaften geforderte Vollsozialisierung mit den fadenhörnlichen Gründen und Mäßen in Grund und Boden verdammen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Trockene Finanzen. — Wertenerhöhung und Anstich. — Reparationen und internationale Wirtschaftspolitik. — Sonstige Hochkurgel. — Abnahme der deutschen Arbeitslosigkeit. — Abgang der Kohlenförderung. — Lohnsätze und Gewinnbeteiligung in England.

Die Finanzlage des Deutschen Reiches ist höchstlich. Die Reichseinnahmen haben im vergangenen Jahre etwa 45 Milliarden Mark betragen, der anfänglich auf 50 Milliarden Mark geschätzte Fehlbetrag für das Jahr 1920 ist inzwischen auf 80 Milliarden Mark gestiegen. Die Reichsschuld betrug am 1. Mai d. J. 277,5 Milliarden Mark, wovon nur 78,5 Milliarden Mark fahierte Schuld waren. Es muß aber damit gerechnet werden, daß ein weiteres Anwachsen dieser Schuld erfolgt und man nimmt im Reichsfinanzministerium an, daß sie bald den gewaltigen Betrag von 345 Milliarden Mark erreicht haben wird. Dazu kommt noch, daß die Fehlbeträge der Post- und Reichseisenbahnverwaltung für 1921 mit fast 19 Milliarden Mark veranschlagt werden müssen. Wenn die Reparationsleistungen, die uns auferlegt sind, erfüllt werden sollen, so beträgt der Gesamtbedarf für 1921 150,5 Milliarden Mark, so daß, wenn man die 45 Milliarden Mark Einnahmen des Jahres 1920 zugrunde legt, neue Steuern von mehr als 100 Milliarden Mark aufgebracht werden müssen. Daß über die Ausbringung solcher ungeheurer Steuerbeträge weder im Reichskabinett noch in den politischen Parteien nicht so leicht ein vollkommenes Einverständnis erzielt werden kann, ist begreiflich. Man wird auf schwere Kämpfe gefaßt sein müssen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich bei der Auseinandersetzung, welche Steuerbeträge dem Reich direkt auferlegt werden sollen und welche der allgemeine Konsum zu tragen hat, wieder einmal eine tiefe Spaltung durch das deutsche Volk gehen wird, was man im Interesse der Wiedergeburt unserer Wirtschaft aufs tiefste bedauern möchte.

Diesen ungeheuren Anforderungen gegenüber kann nur durch starke Erhöhung der Produktivität und der Bewertung der erzeugten Güter begegnet werden. Gerade auf diesem Gebiet müssen wir leider auf außerordentliche Schwierigkeiten gefaßt sein. Durch den niedrigen Stand des deutschen Geldes (der in den letzten Wochen noch schlechter geworden ist) ist es möglich gewesen, eine große Menge deutscher Waren in all jenen Ländern unterzubringen, die über eine stärkere Nachfrage verfügten. Es wäre durchaus falsch anzunehmen, daß die deutsche Exportindustrie mit einem bewußten Unterbieten gearbeitet habe. Das ist nicht richtig, es handelt sich hier lediglich um die Folgen des schlechten deutschen Valutastandes, die erst dann beseitigt werden können, wenn der Wert der deutschen Mark allmählich wieder steigt. Das wird nicht sehr schnell geschehen; denn auch die deutschen Reparationsleistungen wirken in ähnlicher Weise. Es war ein großer Fehler, vorzuschreiben, daß die Bezahlung in Dollarwerten erfolgen möchte. Die schädlichen Wirkungen dieser Vorschrift haben sich bald gezeigt, da der Wert des amerikanischen Dollars, allen anderen Währungen gegenüber, derart gestiegen ist, daß der Absatz amerikanischer Waren immer schwieriger wird, weil der in Dollar berechnete Preis für die schwachen Valuten der meisten Länder, die amerikanische Waren brauchen, viel zu teuer ist. Da aber auch der Geldwert in den Ententeländern gesunken ist, weil durch die deutschen Reparationsleistungen in jedem Fall fremde Geldwerte von Deutschland gekauft werden müssen, die als Bezahlung an die Entente abzuführen sind, so ist durch die Entente selber ein Beschluß gefaßt worden, der die Ueberweisung fremder Devisen an die Entente auf 300 Millionen Goldmark bis zum 1. Mai 1922 beschränkt. Man befürchtet von weiteren deutschen Devisenflüssen mit Recht eine außerordentliche Störung der gesamten Weltwirtschaft und will daher versuchen, die übrigen Reparationszahlungen durch deutsche Sachleistungen zu erreichen.

Die Bewirkung der dem deutschen Volk auferlegten Pflichten bringen immer größere Schwierigkeiten mit sich, die

sich, wie schon gesagt worden ist, letztendlich auf Deutschland allein beschreiben, sondern alle Segen in Mitleiden schaft ziehen. Es ist hier schon oft dargelegt worden, daß, wenn Deutschland bezahlen soll, es auf eine starke Vermehrung seiner Warenausfuhr angewiesen ist. Durch den schlechten Stand der deutschen Währung vermag das deutsche Fabrikat, wie gesagt, auf alle fremden Märkte einzudringen und unter Umständen die Industrie des betreffenden Landes zu ruinieren oder zumindest stark zu schädigen. Die von der deutschen Währung betroffenen Länder beginnen durchweg nach Schutzmaßnahmen zu suchen. Die einfachste und natürlichste Schutzmaßnahme ist die Ausfuhrbegrenzung eines hohen Zolles. Diese Hochzollbewegung wird immer weiter um sich greifen, nachdem sie in Amerika schon nahezu durchgeführt worden ist und in England, Frankreich, Kanada, Japan begonnen hat. Auch Spanien hat Zollzuschläge für Waren aus Ländern mit niedriger Valuta eingeführt, die Schweiz steht im Begriff, das gleiche zu tun, und man muß damit rechnen, daß die deutschen Waren sehr bald vor einem sehr schwer zu durchdringenden Zollriegel stehen werden, der alle Märkte umspannt, in die das deutsche Fabrikat gelangen möchte. Diese Entwicklung, die die natürliche Folge der deutschen Wertenerhöhung und der viel zu großen Reparationsleistungen ist, zeigt, wie eng die Wirtschaften der einzelnen Länder miteinander im Zusammenhang stehen, und diese Tatsache muß dazu führen, daß die Art und Weise der Reparationsleistungen (sowie auch ihre Höhe) nicht aus der Diskussion verschwinden werden.

Demgegenüber ist es ein geringer Trost, wenn die deutsche Arbeitslosigkeit im allgemeinen wieder ein wenig in der Zunahme begriffen ist. Im Reichswirtschaftsministerium scheint man, wie aus den Ausführungen des Staatssekretärs im Reichstag hervorgeht, der Meinung zu sein, daß der Höhepunkt der Krise überschritten sei. Das ist sehr wohl möglich, nur wird man sich stets vor Augen halten müssen, daß eine innerwirtschaftliche Besserung nur von ganz kurzer Dauer zu sein vermag, weil wir aus den bereits genannten Gründen in noch viel härterer Weise in die gesamte Weltwirtschaft verflochten sind, als das vor dem großen Kriege jemals der Fall war. In der Tat ist die Zahl der Arbeitslosen ein wenig zurückgegangen; ihre Entwicklung zeigt die nachstehende Tabelle; die Arbeitslosenzahl betrug:

1920: August 400 000, September 350 000;
1921: 1. März 429 000, 1. April 416 000, 1. Mai 400 000,
1. Juni 380 000.

Ob die Besserung unserer Arbeitsverhältnisse anhalten wird, ist, so sehr man es wünschen möchte, noch sehr die Frage. Nicht allzu günstig liegen die Dinge im Kohlenbergbau. Die Walförderung ist noch schlechter gewesen als die des April und März. Die arbeitstägliche Minderleistung im Mai verglichen mit der Förderung des Monats Februar beträgt 41 000 Tonnen, obwohl die Belegschaft dauernd stärker geworden ist. Es ist bekannt, daß der Fortfall der Ueberflachten an dieser Winderzeugung die Schuld trägt. Wenn dazu, was unvermeidbar sein wird, noch eine Steigerung des Kohlenpreises kommt, so müssen dadurch wirtschaftliche Schwierigkeiten entstehen, die ohne Wiederherstellung der Ueberflachten nicht gelöst werden können. Das muß auch, wenn man die Schwere der Arbeit in den Bergwerken voll würdigt, und einleuchtet, daß zahlreiche Gründe gegen eine allzu lange Arbeitszeit im Bergbau sprechen, offen ausgesprochen werden. Denn wir dürfen uns nicht der Möglichkeit aussetzen, daß wie im Winter vor einer erneuten Kohlenknappheit stehen. Im Hauptauschuß des preussischen Landtages hat der Handelsminister Fischel ganz offen von ihr gesprochen und damit die allgemein gehegte Hoffnung, als ob wir bald übergenug Kohlen haben würden, einstweilen wieder zerstört. Immerhin wird man abwarten müssen, wie schnell die Wiederaufnahme der englischen Kohlenproduktion erfolgt. Wenn sie, nachdem der große Bergarbeiterstreik beendet ist, schnell wieder einsetzt, so wird sie auf die internationale Kohlenituation von größtem Einfluß sein.

In England ist übrigens der Lohnabbau nicht auf den Bergbau beschränkt geblieben. Auch in der Textilindustrie und im Schiffbau haben die Arbeiter, nachdem sie sich zuerst hartnäckig weigerten und ein Streik nahe bevorstand, schließlich nachgegeben und der Lohnverminderung zugestimmt. Das gleiche sieht bei der Maschinenindustrie bevor, und es ist anzunehmen, daß die gesamte englische Metallindustrie zu Lohnherabsetzungen schreiten wird. Die englischen Arbeiter haben auch bereits zugegeben, daß die Unternehmer einen vollen Sieg davongetragen haben. Interessant bei der jetzt eingeführten Lohnmethode ist, daß die Bergarbeiter zu ihren Mindestlöhnen Zuschläge erhalten, die von der Rentabilität der Gruben abhängt sind. Genaue Einzelheiten über diese Gewinnbeteiligung der Bergarbeiter liegen noch nicht vor, aber es ist sicher, daß hier in England ein bemerkenswerter Versuch der Gewinnbeteiligung von Arbeitern gemacht wird, auf dessen Entwicklung man gespannt sein darf.

Vor dem vierten Aufstand in Oberschlesien.

Agonit, 12. Juli. Nach Aussagen von Flüchtlingen nimmt der Terror der polnischen Insurgenten in den Kreisen Agonit und Pleß von Tag zu Tag an Umfang zu. Durch die Anjurgenten wird mitgeteilt, daß der vierte Aufstand schon am 17. Juli begonnen wird. Ihre Führer fordern die deutsche Einwohnerschaft auf, die Gegend bis zum 15. Juli zu räumen. Wer diesem Räumungsbehl nicht nachkomme, werde über die Grenze nach Polen verschleppt.

Königsbrunn, 12. Juli. Wie der "Oberschlesische Kurier" meldet, wurden in Grabowka bei Lubem deutsche Arbeiter von Polen überfallen. Die Deutschen setzten sich zur Wehr, konnten aber gegen die große Uebermacht nichts ausrichten. Sie wurden von den Polen mit einem Maschinengewehr aus 20 Meter Entfernung beschossen. Fünf Deutsche sind tot, einer wurde schwer verwundet. Dieser schlopfte sich noch bis an die Oder, wo er von den Polen, die den Blutspuren nachgingen, erschlagen wurde.

Katibor, 11. Juli. Dem "Oberschlesischen Anzeiger" zufolge richteten die Eisenbahn- und Postbeamten und die Bahnarbeiter des Eisenbahnknotenpunktes Mendja an den

Preiskontrollleur in Katibor einen Protest gegen die beschlagnahmte Befragung Mendjas und seiner Umgebung durch die Franzosen; sie fordern die Beibehaltung der Befragung Mendjas durch Italiener oder Engländer und erklären, ihre Forderung gegebenenfalls durch Stilllegung des Betriebes unterstützen zu wollen. Die gesamte dortige Bevölkerung habe kein Vertrauen zu einer französischen Befragung und wolle gegebenenfalls zur Selbsthilfe schreiten. Eine Abschrift dieser Entschlüsselung wurde an das Verkehrsdepartement Oppeln geschickt mit der Forderung, an Stelle der französischen Befragung einen mit Gewehren bewaffneten Bahnschutz in Stärke von 48 Mann zu genehmigen. Mendja ist ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt mit sechs Brücken, vielen Werkstätten und Stellwerken.

Wirtschaftliche Folgen der Sanktionen.

Nach einer Meldung des "Berl. Lokalanz." aus Bochum waren infolge der Ententezwangsmaßnahmen am Rhein die Ende Mai bei der Düsseldorf Regierung bereits 62 Stilllegungen und Betriebsbeschränkungen gemeldet, in der Zeit vom 1. bis 24. Juni folgte die Stilllegung bzw. Einschränkung von weiteren 27 Betrieben. Von 50 000 Arbeitern des Düsseldorf Bezirks waren etwa 20 000 mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Bei den verschiedenen Industrien sind Auftragsrückgänge bis zu 66 Prozent zu verzeichnen.

Ein Erfolg der deutschen Industrie.

London, 11. Juli. Wie die "Times" melden, hat die Sheffield Corporation beschlossen, elektrische Maschinen in Stärke von 10 000 Kilowatt, deutscher Fabrikation, von einer Amsterdamer Gesellschaft zu kaufen. Der Preis ist 49 900 Pfund Sterling. Das englische Angebot betrug 60—100 000 Pfund Sterling.

Die Zwangsanleihe in Polen.

D. C. Dem Finanzauschuß des polnischen Sejms ist der Entwurf der Ausführungsbestimmungen für eine Zwangsanleihe zugegangen, für deren Durchführung sich die Regierung erst jetzt entscheidet, abgesehen die Ermächtigung dazu bereits im Juli 1920 vom Sejm erteilt worden war. Die Anleihe soll 15 Milliarden polnische Mark einbringen und mit 3 Prozent verzinst werden. Anleihepflichtig sind sämtliche physischen und juristischen Personen, deren Vermögen 100 000 Mark oder deren Einkommen vom Jahre 1920 36 000 Mark übersteigt. Die Anleihepflichtigen sollen mit 2000 Mark bei Vermögen bis 200 000 Mark und mit 1000 Mark bei Einkommen bis 50 000 Mark anfangen und in progressiver Steigerung die Höchstsätze von 20 Prozent für Vermögen über 5 Millionen und 35 Prozent für Einkommen über 900 000 Mark erreichen. Die Anleihebeträge sollen in mehreren Jahresraten erhoben und der Erfolg der Anleihe soll durch eine Reihe von Sicherungen und Strafanordnungen gewährleistet werden.

Der Freiheitskampf des irischen Volkes.

London, 11. Juli. In einer Proklamation an seine Mitbürger sagt Deasera, während der Waffenruhe müsse strengste Disziplin gewahrt werden. Bei den bevorstehenden Verhandlungen würde die irische Delegation ihr äußerstes tun, um eine gerechte und friedliche Lösung herbeizuführen. Aber die Geschichte, besonders Irlands, warne vor unzeitigem Vertrauen. Wenn wiederum Gewalt gegen unsere Nation angewendet werden soll, so schließt die Proklamation, dann müssen wir bereit sein, noch einmal Widerstand zu leisten. So allein werden wir es dazu bringen, daß auf die Gewalt endgültig verzichtet und daß Gerechtigkeit und Vernunft als Schiedsrichter anerkannt werden.

New York, 11. Juli. "New York World" veröffentlichte gestern einen Brief Deaseras an das amerikanische Volk, in dem gesagt wird, Irland habe Gewalt gegen Gewalt angewendet. Alle diejenigen, die eine friedliche Lösung der internationalen Probleme gewünscht hätten, hätten keinerlei Aussicht gehabt, ihren Einfluß mit Erfolg geltend zu machen. Die fundamentalsten Grundzüge, die man in Paris verlassen habe, hätten neue Probleme zur Entstehung gebracht. Die Welt könne angesichts einer solchen Lage nicht in Gleichgültigkeit verharren. Irland hoffe, daß das amerikanische Volk bei der Lösung des irischen Problems auf der Grundlage der Freiheit des Volkes jede Mithilfe leisten werde.

Japan unterstützt die Weltabrüstung.

London, 11. Juli. Reuter meldet aus New York: Eine Abordnung von 10 japanischen Parlamentariern, in der alle Parteien vertreten sind, ist am Samstag nach London abgereist. Der Führer der Abordnung sagt in einem Interview, die Annahme der Resolution Vorah, durch die Präsident Harding ermächtigt wurde, Verhandlungen mit Großbritannien und Japan wegen Herabsetzung der maritimen Rüstungen zu beginnen, bedeute einen großen Schritt auf dem Wege zum Weltfrieden.

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Paris, 11. Juli. "Chicago Tribune" meldet aus Columbus, daß 35 000 Zimmerarbeiter sich mit einer 10 prozentigen Lohnherabsetzung einverstanden erklärt haben.

Paris, 11. Juli. "Chicago Tribune" meldet aus Kobe einen Streik von 20 000 Werftarbeitern. Sie seien vorgestern durch die Stadt gezogen und hätten rote Fahnen und Plakate mit sich geführt mit der Aufschrift: Nieder mit dem Kapitalismus!

Paris, 10. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Madrid haben die portugiesischen Eisenbahner den Generalstreik erklärt.

Annahme des Wohnungsteuergesetzes.

Einheitliche Ortsklasseneinteilung für den Freistaat. Neuwahl des Volkstages abgelehnt. Brotpreiserhöhung bleibt bestehen. Beginn der Parlamentsferien.

62. Vollziehung des Volkstages am 12. Juli 1921.

Am 12.20 Uhr eröffnete der Präzident Dr. Matthart die 62. Vollziehung und gab mit Genehmigung des Zeitungs-Ausschusses bekannt, daß eine Verschiebung der einzelnen Punkte der Tagesordnung vorgenommen wird. Das Haus gab seine Zustimmung dazu. Zuerst kam die zweite und dritte Beratung eines Gesetzes betreffs:

Änderung des Ergänzungsteuerartikels 1921.

Das Gesetz wurde ohne Debatte in der zweiten und dritten Lesung mit Mehrheit angenommen. Es folgte die zweite und dritte Beratung eines Gesetzes betr.:

Änderung des Gesetzes über Gemeindefinanzverhältnisse in den Rechnungsjahren 1919/20.

welches ebenfalls ohne Debatte erledigt wurde. Ein Antrag des Ausschusses für Gemeindefinanzverhältnisse betr.:

Freiwillige Einheitssteuereinteilung

wurde nach einer kurzen Erklärung des Berichterstatters Abg. Friedrich ebenfalls angenommen. Die erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzes betr.:

Änderung des Gesetzes über das Patzwesen

wurde ohne Debatte erledigt. Dann folgte die zweite und dritte Beratung eines Gesetzes betr.:

Abgaben zum Wohnungsbau.

Abg. Hüb (Dinall) berichtete, daß der Volkstag in seiner 60. Vollziehung beschloß, dieses Gesetz dem Siedlungs-Ausschuss nochmals zu überweisen. Ein kommunistischer Antrag wolle die hierfür benötigten Ausgaben von der Vermögenssteuer erhalten. Während der Antrag der S. P. D. die Mittel von der Einkommensteuer erfaßt wissen wolle. Der Hotelsteuer wurde hingegen ein sehr gewisster Empfang zuteil. Nach § 2 hätte nach dem Antrag der S. P. D. eine Bestimmung in das Gesetz hineingearbeitet werden sollen, nach der Vermieter alle übrigen Abgaben zu tragen haben. Dieser Antrag wurde aber im Ausschuss wieder fallen gelassen. Nach Möglichkeit seien die Minderbemittelten zu schonen, bei Einkommen unter 8000 Mark soll die Steuer nicht erhoben werden. Die Zugsteuer hingegen wurde unverändert angenommen. Neu sei ein § 18a hineingebracht worden, nach dem die Gemeinden nicht berechtigt seien, besondere Hotelsteuern zu erheben. Der § 17, der besagt, daß das Gesetz am 1. Juli 1921 in Kraft tritt und die vorherigen diesbezüglichen Steuern außer Kraft treten, sei ebenfalls neu.

Man trat sodann in die allgemeine Beratung ein und brachte hier der Genosse Grünhagen folgenden Antrag ein:

§ 4a erhält folgende Fassung:

Die Abgabe beträgt jährlich 20 v. H. des gemeinen Jahresmietwerts nach dem Stande vom 1. Juli 1914. Sie ist vierteljährlich nachträglich zu entrichten.

Die Entrichtung hat für jedes Gebäudegrundstück durch den Eigentümer, Erdbauberechtigten, Nießbraucher oder Eigenschaftlicher zu erfolgen. Diese haben die Abgabe von dem abgabepflichtigen Nutzungsberechtigten in der Regel mit den Miet- oder Pachtzinsen nach näherer Anordnung des Senats einzuzahlen. Die Nutzungsberechtigten haben die Abgabe, wenn sie Mieter oder Pächter sind, an den Vermieter oder Verpächter, wenn sie Untermieter oder Unterpächter sind, an den Untervermieter oder Unterverpächter abzuführen. Beruht die Nutzungsberechtigung auf einem anderen Rechtsverhältnis, so haben die Nutzungsberechtigten die Abgabe an die Person abzuführen, der gegenüber sie auf Grund dieses Rechtsverhältnisses ein Nutzungsrecht haben.

Der Eigentümer usw. wird von der Entrichtung der Abgabe befreit, soweit sie trotz seiner Aufzählung nicht an ihn abgeführt worden ist. Inwieweit wird die Abgabe unmittelbar vom Nutzungsberechtigten erhoben.

Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller wurde bei der Abstimmung von der Mehrheit der Antrag zu Fall gebracht.

Bei § 5 war für Räume, die gewerbmäßig zur vorübergehenden Unterbringung von Personen vermietet werden, also für Beförderung der Fremden dienen, eine Abgabe von 10 Proz. des Mietzinses gefordert worden. Hier stellte der Abg. Neumann (D. P.) den Antrag, diesen Satz zu streichen. Die sogenannte Hotelwohnsteuer soll für den ganzen Freistaat Gültigkeit haben. Hierfür waren im Ausschuss alle Fraktionen zu haben. Man kam jedoch zur Ansicht, später ein abgeändertes Hotel-Wohnsteuergesetz zu schaffen.

Senator Dr. Seckle gab in dieser Hinsicht eine kurze Erklärung ab.

Bei der Abstimmung über den Antrag Neumann, bei § 5 den Satz 2 zu streichen, wurde dieser Antrag mit Mehrheit angenommen. Der so abgeänderte § 5 wurde ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rau (Unabh.) stellte zu § 5a folgenden Antrag:

Die Abgabe wird nicht erhoben von den Wohnungsinhabern, deren Jahreseinkommen 15000 Mark nicht übersteigt.

Die Rechte brachte den Antrag zu Fall. Nach ein paar Geschäftsordnungsdebatten wurde die zweite Lesung mit den Änderungen angenommen.

Es folgte die 3. Lesung des Wohnungsteuergesetzes.

Abg. Rau (Unabh.) bedauerte die verschiedenen Streichungen, die zumungunsten der breiten Masse erfolgt seien, um so mehr, als bei der Hotelsteuer zu verzeichnen sei, daß bis zu 25 Prozent der Hotel-Langgestellten entlassen sind.

Genosse Grünhagen bemerkte, daß dieses Gesetz schon über 1 Jahr den Siedlungs-Ausschuss beschäftigt habe. Alle Ratshilfen von Sachautoritäten wie Prof. Köppl, Peters, de Jonge usw., seien in den Wind geschlagen worden. Der unterrichtete Wertzuwachs der Gebäude müsse weggesteuert werden. Alle Vorschläge der Senatsvertreter seien durch die Mehrheitsparteien niederknien worden. Die Kleinheit einer Wohnung sei nicht der Maßstab für die Vermögensverhältnisse der Inhaber. Diejenigen müssen zur Wohnungssteuer herangezogen werden, deren Einkommen es erlaubt. Die Offenbarung der Steuerlisten biete hierzu die beste Handhabe. Ferner müssen die Gewerbetreibenden dazu verpflichtet werden, Geschäftsbücher zu führen. Ohne Gegenleistung der Hausbesitzer dürften diese nicht die Miete erhöhen.

Abg. Grobelski (Pole) trat für unseren Antrag ein und bemerkte hierzu, daß bei Erlassung der Zweizimmerwohnungen der

Senat sich an die 2 Millionen Mark neue Steuern herauszuholen wolle.

Über freiwillig zahlte diese Leute nicht und sehr viele Pfändungen der oft knappen Einkommen seien die Folge. Wenn erst mal die Dinte die Nacht im Hause hätte, dann würden vernünftiger Leute gemacht werden.

Darauf werden die §§ 1, 2, 3, 4 und 4a angenommen. Ein Antrag Rau auf Wiederherstellung des ursprünglichen § 5 wurde abgelehnt. Zu § 5a brachte der

Abg. Schmidt (Rom.) folgenden Antrag ein:

Wir beantragen, in § 5a Abs. 1 die Worte „für die Berechnung“ bis „unterhaltungsbedürftig“ zu streichen.

Senator Dr. Seckle will die Zweizimmerwohnungen erfaßt wissen, sonst wäre der Zufall zu groß.

Bei der Abstimmung über den Antrag Rau wurde derselbe mit 44 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Schmidt erleidet mit 41 gegen 89 Stimmen dasselbe Schicksal. Das Gesetz wurde dann in der 3. Lesung mit den Änderungen mit 60 gegen 82 Stimmen, bei 8 Stimmentrückhaltungen angenommen.

Die D. R. P. hatte ein Gesetz eingebracht, betr. die Neuwahl zum Volkstage.

§ 1 lautete: Die Wahlen zum Volkstag der Freien Stadt Danzig finden am Sonntag, den 21. August 1921 statt. § 2: Maßgebend für die Wahlen ist die Wahlbevölkerung für die Verfassungsgebende Versammlung der Freien Stadt Danzig mit der Maßgabe, daß zum Wahlleiter der Präsident der gesetzgebenden Körperschaft bestellt wird, der berechtigt ist, einen Vertreter zu stellen.

Abg. Rau (Unabh.) behauptete, daß die Verfassung vom Völkerbund noch nicht genehmigt sei. Aber aus Furcht vor den Kommunisten wolle die Mehrheit des Hauses von einer Neuwahl nichts wissen. Der Senat nähme sich hier Rechte heraus, die ihm niemals zustehen. Inerhört sei es, daß der Senat einfach den Magistrat beiseite geschoben habe. Die Senatoren seien sich ihrer Sache doch selbst nicht gewiß, sonst hätten sie am 18. Juni nicht die Anfrage nach Gens zu richten brauchen. Die Wählerchaft habe zu entscheiden, wer und wie registriert werden soll. So sicher fühle sich der Senat noch lange nicht, wie er es hingustellen beliebt. Der Völkerbund sei ganz genau unterrichtet, welche staatsfeindlichen Bestrebungen der Senat im trauten Verein mit den Herren Deutschnationalen bezwecke. Ein Volkseinstich müsse herbeigeführt werden, wenn man auch die roten Beute im Kampfe nicht haben wolle.

Senatspräsident Sahn bestritt sämtliche Ausführungen Rahns und stützte sich hierbei auf die Antwort des Völkerbundes in Genf.

Genosse Dr. Bing glaubt kaum, daß die Rechte Gefallen an einer Neuwahl hat. Eine schwierige Lösung sei die rechtliche Seite der Verfassung und käme es auf das formale Recht hierbei nicht an. Damals, als das Haus von einer deutschen Stimmung heraus unter der Depression des Versailler Friedensvertrages gestanden habe, sei diese

Harmonisch-kapitalistische Regierung

gebildet worden. Das nationale Gefühl sei ausgepeitscht worden und deshalb die heutige Zusammensetzung des Volkstages und des Senats.

Eine

Finale des ostelbischen Junkertums

und weiter nichts, daß sei die Konzentration der damaligen Zeit. Eine kapitalistische Propaganda mit Schupo-Einwohnerrecht nannte Genosse Dr. Bing die neuerdings in Weichselmünde stattfindende Schächerrei, bei der die dort verkehrenden Personen auf schwerste gefährdet seien. Senatoren, die Mithilfe dieser Schächerrei veranlassen wollten, wurden von den Schupo-Offizieren mit dem Hinweis abgefragt: Gie bestimmen wie!

Die Sicherheitswehr hat bedeutend mehr Waffen als ihr zusteht. Die Senatoren konspirieren mit den Hohenzollern, was trotz des Ausschusses der Öffentlichkeit beim Prozeß Wbede durchgefallen wäre. Wenn die Senatoren nur die Ätzen ansehen möchten, dann könnten sie die Wahrheit über diesen Fall erfahren. Wie dies bringe uns in Mißkredit beim Auslande. Die wirtschaftspolitische Seite unseres Staatswesens zeige nach Osten hin. Der Handel mit Rußland, Polen, Litauen sei die einzige Rettung des Freistaates. Hier sei der Weg gezeichnet, der aus dem Dilemma herausführe. Nicht gleichgültig könne es der Gesamtbevölkerung sein, wer im Volkstage den Schuß der Schwedchen vertrete.

Abg. Raabe (Rom.) vertrat denselben Gedanken wie sein Fraktionskollege Rau, und beurteilte das Vorgehen der Schupo gegen eine kommunistische Kindergruppe, welche einen Ausflug unternommen hatte. Der Ausführungen unferes Genossen Dr. Bing schloß er sich an, indem er anerkennt, daß dieser Senat unfähig zum regieren sei.

Senatspräsident Sahn lehnte es der Presse gegenüber ab, Mitteilung von den Senats Verhandlungen zu machen, bevor er dem Hauptausschuss des Volkstages Bericht erstattet habe. Die Verfassung vom 17. November 1920 bestimme zu recht und überläßt er dem Hause, selbst über eine Neuwahl zu bestimmen.

Abg. Beschkowski (Unabh.) will dafür sorgen, daß die Schande dieses Senats reißlos aufgedeckt werde. Auch auf dem Lande müsse bekannt gemacht werden, wie dieser Senat um die Rechte des Hauses regieren.

Abg. Grobelski (Pole) beschwerte sich über die Politik, die hier gegen Polen getrieben wird, und will mit der Dinte gehen, weil sie für die Lage des arbeitenden Volkes noch das meiste Verständnis hat. Das Schlußwort erhält der Abg. Rau, der behauptet, alle Handlungen, die der Senat bisher vorgenommen habe, seien unglücklich, und lehnen es die Kommunisten fern ab, mit einem solchen Senat weiter zu arbeiten. Bei der Abstimmung wurde das Gesetz in der 3. Lesung mit großer Mehrheit der Rechte abgelehnt. Eine dritte Lesung ist somit überflüssig. Es folgte die große Anfrage des Abg. Echl und Genossen über die Brotpreiserhöhung.

Nach Mitteilungen des Senats steht eine etwa 80 Prozentige Brotpreiserhöhung in sichere Aussicht. Diese Erhöhung wird, das lehrt die Erfahrung, weitere Preiserhöhungen nach sich ziehen. Dadurch wird die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerungsteile weiter herabgedrückt und deren Kaufkraft wesentlich geschwächt.

Was gebietet der Senat zu tun, um einen Ausgleich zwischen den letzten Wähler, Arbeitern und Rentnern der Arbeiter, Angehörigen, Beamten und Rentnerempfangern des Staats und der privaten Betriebe und den Preissteigerungen herbeizuführen? Große Sorge erregt, daß es sich hier um eine 60 bis 80 Prozentige Erhöhung des Brotpreises handelt.

Was gebietet der Senat zu tun, um diese Linderung abzuwenden? Als die Diskussion für die Erwerbslosen im Hause eingeleitet wurde, habe eine teilweise Unzufriedenheit unter den Parteien geherrscht. Beim Wohnungsgesetz wurde keine Einigkeit erzielt, daß die Erwerbslosen Arbeit erhalten.

Was gebietet der Senat zu tun, um die Erwerbslosen Arbeit zu erhalten?

Bei einer fünfköpfigen Familie, wie sie die Arbeiter meistens haben, kann man gut auf eine Mehrausgabe für Brot von über 2 Mark rechnen, das wären 780 Mark pro Jahr. Wenn aber die Arbeiterfamilie 6 Köpfe betrage, dann stelle sich diese Summe auf 1068 Mark jährlich. Jeder muß sich sagen, wobei bleibt es nicht.

Es ist eine alte Erfahrung, daß bei einer Erhöhung des Brotpreises sehr bald die anderen Nahrungsmittel folgen, und so dann bei einer 6 Köpfigen Familie mit einer Mehrausgabe von 2000 bis 3000 Mark zu rechnen. Solche Lasten kann aber auf keinen Fall ein Arbeiter tragen, da müsse auf Abhilfe bedacht werden. Von einer Lohnerhöhung wollen aber die Unternehmer auf der ganzen Dinte nichts wissen. Komme diese Brotpreisverteilung, dann müssen die Löhne um 15 bis 20 Proz. aufbessert werden. Eine große Wertigkeit habe auf ihren Offerten nach dem Auslande direkt bemerkt, daß sie leistungsfähiger sei, wie die deutschen Werften, weil die

Arbeiter in Danzig nicht so hoch

seien wie dort. Also gibt das Kapital zu, daß die Löhne hier niedrig seien. 20 Millionen habe nach der Mitteilung des Senats die Stadt Danzig schon für das Brotgetreide bestellt und trotzdem wollten die Großhändler sich dem Weltmarktpreis für Getreide anschließen. Die neue Senats müsse der Senat reiflich beschlagworten, mit Abzug für Eigenbedarf und für Demobiliten, Kriegsgewinnler und Schieber von Getreide müssen gefaßt werden. Eine Vermögensabgabe von 10 Prozent würde genügen, um den Kaufkraft beim Brotgetreide zu decken. Die Ausgabe der Erwerbslosen müssen um 100 Prozent aufgebessert werden, wenn sie nicht verhungern sollen. Wird nichts für die große Masse der Arbeitenden getan, dann sind

Krankheit und Hunger

zu erwarten. Wir lehnen es ab, die Not des Volkes als Agitationmittel zu benutzen, das

Wohl des Volkes steht uns aber das Parteiinteresse.

Senator Dr. Sahn glaubt, daß heute die Zwangswirtschaft nicht mehr streng durchgeführt werden kann, und bei einem Preis von 1000 Mark für die Lohne Brotgetreide würde das Brot statt 3,40 Mark dann 5,50 Mark kosten. Wollen wir am 15. Juli die Zwangswirtschaft aufheben, hat aber nicht genügend Getreide. Wenn wir nun eine scharfe oder verschärfte Kontrolle an unserer Grenze ausüben, um die Zwangswirtschaft streng durchzuführen, so käme dies einer Ausgabe von

20 Millionen Mark

gleich, das betrage mehr, als der Senat auf das verteuerte Brot drauflegen müsse. Der Preis des Brotes aus Auslandsimport käme auf 5,50 Mark für ein Brot, bei Zwangswirtschaft 4,80 Mark und bei freier Wirtschaft auf 5,80 Mark, mithin bliebe nur das Umlegeverfahren übrig. Bei diesem Verfahren kann man im Freistaat mit 1/3 der Ernte rechnen, in Deutschland mache dies 1/4 der Ernte aus.

Senator Raabe will einen Ausgleich der Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter, welche in staatlichen und städtischen Betrieben angestellt sind, für die Brotpreiserhöhung herbeiführen. Für Rentenempfänger und Erwerbslose werde in der gleichen Weise gesorgt werden müssen. Seine Einwirkung habe der Senat in dieser Hinsicht auf die Privatbetriebe, dort ebenfalls die Löhne zu erhöhen.

Abg. Hüb (Dinall) will im Namen seiner Partei die Zwangswirtschaft aufgehoben wissen. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise für 1 Liter Milch auf 1,60 Mark gestiegen und bis heute nicht wesentlich erhöht worden. Butter dagegen haben den Höchstpreis von 25 Mark pro Pfund erreicht. Die Entschädigung sei zu hoch gewesen, beim Dreschen von Roggen habe man nur 60 Prozent der Ernte ablassen können, weil das letzte Jahr eine Witterung gebracht habe. Das Verschleiden von Getreide treffe keine Preis nicht.

Wir wollen keine Weltmarktpreise, keine Zwangswirtschaft, sind aber für das Umlegeverfahren, wir werden das Quantum von Getreide liefern, welches wir im Interesse der notleidenden Bevölkerung ausbringen können.

Abg. Friedrich (D. P.) erklärte sich für das Umlegeverfahren der Getreidewirtschaft. Die Brotpreiserhöhung müsse allen Beamten, Angestellten und Arbeitern rechtzeitig gewährt werden, damit sie keinen Nachteil erleiden.

Genosse Grobelski ist für einen stabilen Brotpreis, 20 Millionen durch den freien Handel in die Taschen der Landwirte zu fließen. Die notwendigen Lebensmittel sind seit dem vorigen Jahre verteuert worden. So ist Weizenmehl von 1,80 Mark auf 7 Mark gestiegen, Roggen von 1,40 auf 4 Mark, Weizenklein von 1,84 auf 10 Mark, Gerstenaufgüsse von 1,42 auf 3,40 Mark, Kartoffeln von 0,46 auf 1,80 Mark per Kilo, Vollmehl von 1 Mark auf 1,60 Mark, Magermilch von 0,60 auf 1 Mark, Butter kostete voriges Jahr 10 Mark pro Pfund, heute 40 bis 46 Mark pro Kilo zum letzten Preise ist sie bereits auf dem Freistaat ausgeführt worden. Bienenzucht ist von 11 Mark auf 22 Mark gestiegen. Rasse von 18 Mark auf 24 Mark, hervor sind Tausende von Kilo aus dem Freistaat ausgeführt worden. Wenn man auf der einen Seite für Weltmarktpreise einträte, so müsse dann auch gefaßt werden, daß man hier Weltmarktpreise bezahle.

Abg. Sahn (Unabh.) sagte dem Herrn der rechten Seite, daß in Berlin das Leben billiger wie in Danzig ist. Die Deutschen nationalen wollen ihm dies nicht glauben. Im Namen der christlichen Gewerkschaften erklärte er sich mit allen anderen Gewerkschaften solidarisch, wenn es darum ginge, durch die Brotpreiserhöhung eine Lohnbewegung der gesamten Arbeiterchaft ins Werk zu setzen.

Abg. Beschkowski (Unabh.) meinte, daß der rechte Seite, daß der Senat, es entsetze eine Unruhe im Hause. Alle Angeordnete Kappen mit den Pulverkeulen, so daß er am Preislich schwer verständlich ist. Der Abg. Rau beantragte Erhöhung der Sitzung, was angenommen wurde. Mit dem Dank des Präsidenten an das Haus für geleistete Arbeit wird die Sitzung um 7:30 Uhr abends geschlossen. Darauf vertagt sich das Haus bis zum 20. August.

Die kapitalistische Verteuerung des Bauwesens.

Dreierlinge zur Ausbeutung der Allgemeinheit.
Von H. Ellinger.

Bekanntlich haben sich im letzten Jahrzehnt die Unternehmer des Baugewerbes und der Bau-Nebengewerbe erfolgreich um die Schaffung von Organisationen bemüht, deren Zweck die Steigerung des Unternehmergewinnes auf Kosten der Allgemeinheit ist. Es sind Vereinigungen gebildet worden, deren Ziel die Erzwingung zu hoher Preise ist, daß der bauausführende Unternehmer nicht nur selbst einen ansehnlichen Gewinn in die Tasche stecken, sondern auch die freiwillig oder gezwungen ausfallenden Unternehmer am Gewinn teilnehmen lassen kann. Daß dadurch das Bauen gewaltig verteuert worden ist, ist selbstverständlich. In ihrem Kampfe gegen die sozialen Baubetriebe, die von den baugewerblichen Arbeiter- und Angestelltenverbänden zum Schutze der Allgemeinheit vor strapazierloser Ausbeutung durch solche Dreierlinge gegründet worden sind, hat das Unternehmertum die ausbeutende Tätigkeit, ja sogar das Vorhandensein derartiger Dreierlinge, häufig bestritten. Es ist deshalb notwendig, der Öffentlichkeit einmal ein Bild in das Wesen und Treiben einer solchen Preisvereinigung zu geben.

Nach den Ausführungsbestimmungen zu den Satzungen der „Vereinigung Berliner Beton-, Eisenbeton- und Deckenbaugeschäfte“ hat jedes Mitglied der Vereinigung die Pflicht, von jedem Angebot, das von ihm verlangt wird, oder das es bei öffentlichen Bedingungen unaufgefordert abzugeben beabsichtigt, dem Geschäftsamt der Vereinigung Mitteilung zu machen. Vor Abgabe des Angebots muß die Anmeldung des Geschäftsamtes abgemeldet werden. Jedes Mitglied hat dem Geschäftsführer auf Verlangen Einsicht in die Akten zu geben und gegebenenfalls den Beweis zu erbringen, daß eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots an ihn gelangt ist. Ist einem Mitglied der Auftrag zur Ausführung von Arbeiten erteilt worden, so hat es das Geschäftsamt von der Auftragserteilung mit den erforderlichen Angaben über Auftragssumme, Auftraggeber und Arbeitsbeginn unverzüglich zu benachrichtigen. Zur Deckung der Unkosten des Geschäftsamtes hat jedes Mitglied für jede Arbeit, abgesehen von einzelnen Fällen, innerhalb 14 Tagen nach Eingang jedes Auftrages 0,25 Prozent der Auftragssumme in bar an die Vereinigung abzuführen. Der Vorstand der Vereinigung ist berechtigt, durch den Geschäftsführer der Vereinigung die Richtigkeit der abgegebenen Auftrags- und Rechnungssumme nachprüfen zu lassen.

Die eigentliche Preisvereinbarung wird durch § 3 der Ausführungsbestimmungen geregelt. Danach teilt das Geschäftsamt jedem, der ein Bauvorhaben gemeldet hat, die Namen derjenigen Unternehmer mit, die gleichfalls die Aufforderung zur Abgabe eines Angebots gemeldet haben. Falls einer es wünscht, labet der Geschäftsführer sämtliche an dem Bauvorhaben beteiligten Unternehmer zu einer Besprechung ein. Mitglieder, die einer Einladung zu einer Vereinbarungsitzung nicht Folge geleistet haben oder in der Sitzung nicht vertreten waren, müssen sich den Beschlüssen der Vereinbarungsitzung unterwerfen. Werden außerhalb des Geschäftsamtes Vereinbarungen getroffen, so ist ihr Inhalt dem Geschäftsamt sofort bekannt zu geben. Verstöße gegen diese Bestimmung kann der Vorstand mit einer Strafe belegen. Sollte zwischen mindestens vier Mitgliedern eine Vereinbarung festgestellt haben, so ist jedes Mitglied, das nachträglich zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert wird, verpflichtet, sich dieser Vereinbarung anzuschließen und den ermittelten Mindestpreis schützend und zwischen die anderen Beteiligten sich einreihend zu überbieten.

Sehr interessant ist der weitere Satz, wonach die vorstehenden Bestimmungen auch Anwendung finden im Kartell mit dem Beton- und Eisenbetonverband, dem Verbande der Baugeschäfte und dem Nebengewerbetreiberverbande. Man kann aus dieser Bestimmung ersehen, daß die gesamten Bauunternehmerverbände von Groß-Berlin an den Umarmungen über Preisvereinbarungen beteiligt sind. (Eingeweihte wissen, daß sich die Umarmungen nicht nur auf Berlin, sondern über das ganze Deutsche Reich erstrecken). Aus dem § 3 sind außerdem noch folgende Sätze interessant:

Hat ein Mitglied unter Verletzung der Weisung ein Angebot abgegeben, nachdem eine Vereinbarung getroffen war, so ist es verpflichtet, dieses Angebot zu widerrufen, bzw. dem Rahmen der Vereinbarung anzupassen.

Das Geschäftsamt erhält 10 Prozent von der durch Vereinbarung für die ausfallenden Firmen festgesetzten, durch das Geschäftsamt zu zahlenden Gewinnbeteiligung oder Unkostenentschädigung außer der durch § 2 von der ausfallenden Firma zu leistenden Unkostenbedeckung.

Um sicher zu sein, daß kein Mitglied der Vereinigung die abierten Bestimmungen umgeht, sind in § 4 der Ausführungsbestimmungen für Übertretungen Strafen festgesetzt. Diese betragen für unrechtmäßige, für verspätete oder unterlassene Meldung bis zu 5 Prozent und, wenn die Firma den Auftrag erhalten hat, bis zu 8 Prozent der Auftragssumme. Auch bei nicht rechtzeitiger Eingahlung der „Unkostenentschädigungen“ sind Strafen festgesetzt. Damit sich diesen Strafen bei Übertretungen kein Mitglied entziehen kann, hat jedes Mitglied 5000 Mark in bar oder in mündelsicheren Wertpapieren

zu hinterlegen. Streitigkeiten zwischen ein Mitglied unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges. Auf diese Weise sucht man sich vor dem Bekanntwerden der Praktiken des Dreierlinges zu schützen.

Neben der Tätigkeit dieser Preisorganisation hat neulich die „Soziale Bauwirtschaft“ an Hand von Originalprotokollen der „Vereinigung Berliner Beton-, Eisenbeton- und Deckenbaugeschäfte“ berichtet. In einem der Protokolle hieß es:

Vertr.: Bau Danziger Straße, Gaswert, Hochbehälter.
Beteiligte: Herr Direktor Wajch für U.-G. für Beton- und Monierbau; Herr Kramm für Wagh u. Freitag, U.-G.; Herr Dipl.-Ing. Martens für Johann Oborico.

Es wird vereinbart: die Beton- und Monierbau U.-G. wird geschätzt und gibt mit 4639,68 Mark den billigsten Preis ab, den Oborico um 2 Proz., B. u. F. um 5 Prozent, D. u. E. um 8 Prozent schützend überbietet.

Die Firma, die den Auftrag erhält und die Arbeit ausführt, verpflichtet sich, aus dem zu erzielenden Unternehmergewinn an die hierdurch gebildete Interessengemeinschaft eine Submissionskadenversicherung von 4 1/2 Prozent — vereinbart 5 Prozent — der Abrechnungssumme, zur gleichen Verteilung unter die ausfallenden Firmen zu zahlen.

Monierbau verpflichtet sich, bei der nächsten Ausschreibung der Berliner südlichen Gaswerke, eventuell auch bei einem anderen Objekt, zugunsten der Firma Oborico zurückzutreten.

In einem andern Protokoll wurde die Firma, die den Auftrag bekam, verpflichtet, aus dem zu erzielenden Unternehmergewinn 3 Prozent der Auftragssumme — wahlweise: der Auftragssumme, nicht des Unternehmergewinnes — zur gleichen Verteilung an die ausfallenden Firmen zu zahlen.

In dieser Weise wurde bis in die neueste Zeit hinein von den Unternehmern des Baugewerbes und ihren Organisationen gearbeitet. Um zahlreiche Millionen sind dadurch die öffentlichen Körperschaften und sonstigen Bauauftraggeber geschröpft worden. Durch die Gründung sozialer Baubetriebe haben die Verbände der baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter Deutschlands diesem verwerflichen Treiben Einhalt geboten. Sie haben die Unternehmer gezwungen, sich wieder im öffentlichen Wettbewerb um die Ausführung von Bauarbeiten zu bemühen. Kein Wunder, daß die Unternehmerverbände des Baugewerbes einen maßlos gehässigen und erbitterten Kampf gegen diese Betriebe führen. Als die sozialen Baubetriebe auf dem Plane erschienen, waren diese Betriebe fast bei allen Arbeiten, um die sie sich bewarben, um 20, 30, in vielen Fällen sogar um 50 und mehr Prozent billiger als die kapitalistischen Privatbetriebe.

Am 11. Juli starb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied

Gustav Jango

Wir verlieren in ihm einen edrigen Genossen, der stets seine Parteipflichten erfüllt hat.

Ehre seinem Andenken.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Moderne Herren-Anzüge

einzelne Größen

zu Verlustpreisen.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Gestreifte Hosen, Gummiäntel enorm billig.

J. Czerninski, Altstädtischer Graben Nr. 98/97
Eingang Kleina Mühlenstraße. 14670

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik von M. A. Hassé.

Prima Hammgarn-Wolle 4
Lage 50 Gramm . . . 8.50, 8.80, 4

Stieler Knaben-Anzüge
Reine Wolle mit Zwirnketten.
Eigenes Fabrikat in 10 Größen von 90 an

DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK, FINANZ, WIRTSCHAFT U. KULTUR
Herausgeber: PARVUS

Die „Glocke“ will die Durchführung des Ultimatums im Zeichen des Sozialismus

Die „Glocke“ ist das führende Organ bei der Erörterung der Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaufragen

Die „Glocke“ ist maßgebend bei der Diskussion des Kulturlebens der sich im demokratischen und sozialistischen Geist erneuernden Zeit

Die „Glocke“ muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mitarbeiter der letzten Hefte:
Konrad Haanisch, Paul Hirsch, Hermann Lüdemann, Professor Radbruch, Philipp Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz, Karl Brüger, Otto Wels, Max Quarc, Hermann Wendel, Max Schippel, Jacob Altmaier, Robert Ordizsch

Einzelheft Mark 1,50
Vierteljährliches Abonnement Mark 15,—
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Varieté Wintergarten

Telephon 1925
Beginn 7 1/2 Uhr

Direktion: Arthur Löwias

Begleitarte Aufnahme
findet das großart. Juli-Programm!

Die Großkampftage
der **Dichterschlacht**
Förster, Köln, gegen Siebert, Berlin, haben begonnen.

Fittl, Dressur-Akt
Kurt Eric
das Xylophon-Wunder

Müller-Schadow-Quartett
in seiner Szene: Ein Abend am Rhein

Klein-Familie
komische musikalische Kunstschaffner

Hartenstein
mit seinem Ensemble.

„Leutnant Kiokebusch“
Ein Schwank aus vergangener Zeit in einem Akt von Paul Hartmann.

Vordere Räume: **Wald u. Meer** Stimmungs-Räume: **Die Tünze!**

Verkauf täglich im Theaterbüro Wintergarten ununterbrochen und Deumabass, Langgasse, w.chebtag 10-5 Uhr und Sonntags 11-1 Uhr 1464

Wirkungsvolle Plakate

In jeder Größe liefert in kürzester Frist

Danziger Volksstimme

Am Spendhaus 6



Fahrräder

prima Gummibereifungen, nur beste Qualität zu den billigsten Tagespreisen.

Großes Lager in Erfas. u. Zubehörsachen

Reparaturen

sachgemäß, schnell u. billig.

Danziger Fahrrad-Ges. Haus Röhls & Haldenreih, 46111 Freitagstraße 66.

Volkspflege

Bewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

— Sterbekasse. — kein Polsterverfall.

Wichtige Tarife für Erwohrene und Kinder. Auskunft in den Bureau der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Rattenbuden 36.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Wir empfehlen die vorzügliche

Stavenstein-Karte

DOM

Freistaat Danzig

Preis 7.20 Mk.

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Der Atheist

von Ernst Ewert

Preis 2.50 Mark zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Zahn-Kranke

brauchen nicht lange zu warten und werden möglichst gleich nach ihrem Kommen behandelt. Neue Gebisse auf Wunsch bis 24 Std. Umarbeitungen und Reparaturen werden mögl. am selben Tage angefertigt. Goldbrücken, Kronen etc. in la Gold. Garantie für Brauchbarkeit. Sehr schonende, möglichst schmerzlose Behandlung. Dankschreiben über 40merziges Jahrgelien. Niedrige Kostenberechnung. Sprachselt 8-7, Sonntags 8-12.

Institut für Zahnleidende

Wieserstadt 71

Ein intelligenter älterer Herr sucht Vertrauensstelle. Offert. u. 83 a. d. App. d. 8.

2 Militärwagen billig abzugeben. Beschäftigung ab 6 Uhr abends bei Kollank, Neufahrwasser. Abgang 8.